

Editorial

Jannis Grimm und Nina-Kathrin Wienkoop, Moritz Sommer **Konflikt, Kompromiss, Konsensus: Das ambivalente Verhältnis von Bewegungen und Institutionen**

<https://doi.org/10.1515/fjsb-2019-0020>

Wie stark das Verhältnis von sozialen Bewegungen und politische Institutionen derzeit im Wandel begriffen ist und dabei die analytische Trennschärfe der beiden Konzepte infrage stellt, zeigen jüngste Krisenentwicklungen: Im Februar 2019 kam es in Venezuela zu Großdemonstrationen von mehreren tausenden Menschen, zu denen zum einen der selbsterklärte Interimspräsident Juan Guaidó und zum anderen der seit 2013 regierende Staatspräsident Nicolás Maduro aufgerufen hatten. Begonnen hatten die Proteste in Venezuela zwar bereits 2014, als Studierende und Angehörige der Mittelschicht gegen die Regierung mobilisierten. Sie entwickelten sich zuletzt aber vor allem zum Kräftemessen zweier konkurrierender Politiker um die einflussreichste Institution des Landes – die Präsidentschaft. Proteste sollen hier, am institutionellen Regelwerk vorbei, ein angestrebtes Amt legitimieren.

In Europa wiederum fordern derzeit populistische Bewegungsparteien das als verkrustet angenommene Parteiensystem und den Vertretungsanspruch etablierter Organisationen ebenso heraus wie den institutionalisierten und ver-

Hinweis: Dieses Heft ist unserer Kollegin Britta Baumgarten gewidmet, deren geplanter Beitrag „Wie kann ich jetzt gegen etwas sein, das ich mit aufgebaut habe? Zur ambivalenten Beziehung zwischen traditionellen sozialen Bewegungen und staatlichen Akteuren in Brasilien“ aufgrund ihres viel zu frühen Todes in diesem Heft leider fehlt. Eine Würdigung von Brittas vielfältiger Forschungstätigkeit im Feld der Bewegungsforschung erschien im letzten Heft 1.2019 des Forschungsjournal Soziale Bewegungen in der Rubrik „ipb beobachtet“. Sie ist abrufbar unter <https://protestinstitut.eu/britta-baumgarten-1975-2018/>.

***Kontakt:** Jannis Grimm, BGS MCS, Freie Universität Berlin/Institut für Protest- und Bewegungsforschung, jj.grimm@fu-berlin.de

Nina-Kathrin Wienkoop, Abteilung Konsens & Konflikt, Deutsches Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM), wienkoop@dezim-institut.de

Moritz Sommer, Institut für Protest- und Bewegungsforschung/Institut für Soziologie, Freie Universität Berlin, sommer.moritz@fu-berlin.de

fassungsmäßig kodifizierten Wertekonsens. Explizit basieren die Wahlerfolge der Antisystemparteien – beispielweise der Cinque Stelle in Italien, der AFD in der Bundesrepublik, oder von VOX in Andalusien – dabei häufig auf Programmen, welche die institutionalisierten Grundordnungen der europäischen Demokratien kritisieren oder sogar in Frage stellen. Gleichwohl dienen ihnen diese als Steigbügelhalter.

Gleichzeitig verteidigten außerhalb Europas, vor allem in vielen afrikanischen Staaten, Bürger*innen eben jene institutionellen Ordnungen, so etwa jüngst in Algerien, wo Zehntausende für eine Begrenzung der Amtszeit des seit 1999 regierenden Präsidenten Abd al-Aziz Bouteflika auf die Straße gingen. Hier sind es wiederum die Demonstrierenden, nicht die Vertreter*innen der staatlichen Institutionen, welche die Einhaltung existierender verfassungsrechtlicher Normen, das heißt, institutionalisierter Verfahrensweisen und des bestehenden Wahltermins einfordern – gemeinsam mit etablierten Oppositionsparteien.

Insgesamt ist festzustellen, dass die Grenzen zwischen Demonstrierenden und Parteien und auch deren (meist konstruierte) Positionierung inner- und außerhalb des politischen Systems vielerorts verschwimmen. Diese Entwicklung ist nicht erst seit einigen Jahren zu beobachten, wie schon die Institutionalisierung der Umwelt- und Friedensbewegung in Deutschland zeigt (siehe auch den Beitrag von *Grützmacher* in diesem Heft), nimmt aber mit der zunehmenden Erosion des sozialen Vertrags durch einen galoppierenden Neoliberalismus an Vehemenz zu. In seiner Festrede zum Auftakt des neuen Berliner Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung diagnostizierte Hanspeter Kriesi vor diesem Hintergrund, basierend auf seiner vergleichenden Untersuchung von Mobilisierungspotenzialen und -effekten im Zuge der europäischen Finanzkrise, gar einen „neuen Pragmatismus“ der europäischen Zivilgesellschaft bei der Artikulation sozialer Forderungen. Dieser resultiere aus der Einsicht des begrenzten Einflusses von Protest auf politische Entscheidungsfindung und schlage sich in einer Rückbesinnung auf das Parteiensystem als zentralem Ort der Interessensvermittlung nieder.

Haben Parteigründungen, das Anstreben staatlicher Ämter, oder das Wirken innerhalb von etablierten transnationalen Institutionen somit heute Protest als zivilgesellschaftliches Wirkungsfeld abgelöst? Sind sie zu besserer Alternative für Aktivist*innen geworden? Und Proteste wiederum zum Instrument von Amtsinhaber*innen und Oppositionspolitiker*innen, um ihre Popularität zu *demonstrieren*? Zumindest stellt die zu beobachtende Institutionalisierung vormals vor allem in Protestbewegungen artikulierter Positionen und die hierfür symptomatische Welle neuer Bewegungsparteien in Europa das Mantra von den (neuen) sozialen Bewegungen als primärem Ort zivilgesellschaftlicher Assoziation und als Gegenpol zu den institutionalisierten Austragungsorten für Politik in Frage. Jedoch ist auch dieses Phänomen nicht neu: Oppositionsparteien nutzen in

Europa seit geraumer Zeit die „Macht der Straße“, um ihre Interessen in den politischen Arenen besser durchsetzen zu können, und autoritäre Regime weltweit stützen sich häufig auf die Massenmobilisierung von Anhänger*innen außerhalb des institutionellen Gefüges, oft zusätzlich oder als Gegengewicht zu starken Systemparteien. Dennoch werden Bewegungen in der Forschung konzeptionell und methodisch nach wie vor oft als Gegenstück zu Institutionen gedacht – mit Blick auf unser Titelbild sozusagen als Sportler*innen unterschiedlicher Disziplinen in der gleichen Arena, statt als Sparringpartner*innen im gleichen Ring.

Alter Wein in neuen Schläuchen?

Die skizzierten Entwicklungen offenbaren einerseits die trennscharfe Abgrenzbarkeit von Bewegungen und Institutionen als theoretisches Konstrukt, das auf der liberalen Vorstellung von zivilgesellschaftlicher Assoziation als bürgerlichem Schutzschild gegen die institutionalisierte Macht des Staates basiert – die beobachteten Phänomene können hierdurch letztlich kaum erfasst werden. Somit wird der Bedarf nach konzeptioneller Weiterentwicklung sichtbar. Andererseits liefern sie vor allem für die Bewegungsforschung viel neuen Stoff zum Nachdenken, die sich nicht zuletzt auch selbst im Spannungsfeld zwischen Protestakteuren und Institutionen befindet. Dies zeigt etwa die kürzlich im Forschungsjournal angestoßene (Teune/Ullrich 2018; Finkbeiner/Schenke 2018) und von Armin Scholl (2019) treffend resümierte Kontroverse um den politischen Auftrag von Bewegungsforscher*innen und die Tücken der Finanzierung von Forschungsvorhaben durch Institutionen der inneren Sicherheit. Zudem wird der Balanceakt an einer Scharnierstelle zwischen Bewegungen und staatlich sanktionierter Wissensproduktion in der Disziplin notgedrungen auch aufgrund der zunehmenden Repression derer zum Thema, die Zivilgesellschaft weltweit erforschen.

Seit geraumer Zeit schon bildet das ambivalente Verhältnis von Institutionen und sozialen Bewegungen das Zentrum für eine Reihe von Forschungsschwerpunkten. Auch wenn erstere nicht immer explizit als solche benannt werden, sind sie doch meist essenzieller Bestandteil untersuchter kollektiver Mobilisierungsformen – als Adressaten von Protest, als strukturgebende Arenen und Rahmenbedingungen von Mobilisierung, oder als potentielle Verbündete zivilgesellschaftlicher Initiativen bei der Interessenvermittlung. Zudem werden Bewegungen nicht selten in ihrer Position zu staatlichen oder transnationalen Institutionen abgegrenzt, definiert und analysiert. Dieser Blickwinkel fußt nicht zuletzt auf dem inhärenten Konflikt zwischen sozialen Bewegungen und politischen Institutionen um den sozio-politischen Status quo: Während erstere zumeist einen kollektiven

Wunsch nach gesellschaftlichem Wandel ausdrücken, stehen letztere im Kern für die Verfestigung der Strukturen, die es aus Bewegungssicht zu verändern gilt. Das dynamische, transformative Potenzial von Bewegungen trifft in der Auseinandersetzung mit Institutionen auf stabile Organisationsformen mit verfassten Regelungen und Hierarchien. Demzufolge wird Erfolg und Einfluss sozialer Bewegungen überwiegend daran beurteilt, inwiefern sich ihre Interessen und Inhalte in den politischen Entscheidungen von Institutionen widerspiegeln. Besonders in der Analyse zu „Outcomes“ gilt der institutionelle Fußabdruck als Bewertungsmaßstab für die (Er-)Folge sozialer Mobilisierung.

Hierin zeigt sich nicht zuletzt die starke Prägung der Forschungslandschaft selbst: Ihren primären Untersuchungsgegenstand bildeten lange vor allem Mobilisierungsprozesse in den Heimatländern der Forschenden – zumeist repräsentative Demokratien des globalen Nordens. Forschung zu Bewegungen und Protesten in anderen Weltregionen fand (und findet) bis heute weniger Gehör im eurozentristisch geprägten Diskurs. Ihre Erkenntnisse wurden vornehmlich in den Regionalwissenschaften debattiert. Somit waren sie für Bewegungsforschende wiederum explizit als Regionalwissen markiert – und wurden bei Theorie- und Methodenentwicklung vernachlässigt. Dabei hätten gerade Fallstudien außerhalb Europas dazu beitragen können, die konstruierte trennscharfe Abgrenzbarkeit von Bewegungen und Institutionen zu hinterfragen, und das beidseitige Verhältnis dynamischer zu denken. Das zeigt bereits die wenigstens in Teilen rezipierte Forschung zu lateinamerikanischen Staaten (vgl. auch den Beitrag von Hutter und Kolleg*innen im Heft), sowie jüngere Beiträge zum „Arabischen Frühling“ (Grimm 2018).

Auch in der deutschsprachigen Bewegungsforschung fußten Konzeptualisierungsvorschläge lange vor allem auf der historischen Entwicklungen von Bürger*innen-Bewegungen in Demokratien. Erst mit dem Aufkommen der neuen sozialen Bewegungen in den späten 1980ern begann eine kritische Diskussion über das formalisierte und staatszentrierte Demokratieverständnis – nicht zuletzt auch im Forschungsjournal (siehe FJSB 1989, Sonderheft). Hier stellte sich etwa Roland Roth die Frage, inwiefern die Unterscheidung von Bewegungen und Institutionen in ihrer Rigidität so noch standhielt oder ob sie innerhalb des „Bewegungssektor der BRD“ obsolet geworden war. Schließlich leisteten die neuen sozialen Bewegungen wie die Anti-Atomkraftbewegung, die Schwulen- und Lesben-Bewegungen, die Frauenbewegung oder die Dritte-Welt-Bewegung nicht nur Widerstand gegen das institutionelle Establishment, sondern waren vor allem um dessen Beeinflussung bemüht – ein Einfluss, der sich, so die damalige Zeitdiagnose, verfestigte (siehe z. B. die Beiträge zur Frauenbewegung im genannten Heft). Statt Bewegungen versus Institutionen zu diskutieren, wurden erstere seitdem verstärkt selbst als Institutionen thematisiert. Zentral für diese

Forschung war dabei zunächst die Bewertung, inwiefern die Verstetigung von Bewegungen dauerhaft dazu beitragen konnte, die Demokratie- und Repräsentationsdefizite auszugleichen, die Parteien und Verbände mit ihrer thematischen Selektivität und ihren Mitgliedschaftshürden hinterließen.

Gleichzeitig stellten einige Autor*innen – nicht zuletzt auch Roth (1994) selbst – anhand vergleichender Längsschnittstudien lokaler Bewegungsmilieus die diagnostizierte Institutionalisierung der neuen sozialen Bewegungen wenig später wieder in Frage: Statt Verstetigung zeigten sich auf lokaler Ebene höchst volatile Mobilisierungsprozesse, einhergehend mit raschen Themenwechseln und sozialstrukturellen Umbrüchen. Ebenso heterogen schien das Verhältnis lokaler Bewegungsnetzwerke zu ihrem institutionellen Kontext. Einerseits ließ sich seit den späten 1980er Jahren durchaus die Stabilisierung einer Art Bewegungsinfrastruktur beobachten, welche Mobilisierungsstrukturen für unterschiedliche Proteste und Kampagnen bot und gleichzeitig Lerneffekte aggregierte und Niederlagen abfederte. Andererseits ging diese Entwicklung aber mit einer Dynamisierung und Pluralisierung aktivistischer Praxen einher. Die neuen Bewegungen in Deutschland organisierten sich entgegen dem deutlich homogeneren strukturellen Angesicht anderer gesellschaftlicher Institutionen wie Nichtregierungsorganisationen oder Gewerkschaften vor allem als heterogene Netzwerke (siehe FJSB 1998, Heft 1). Bereits in den 1990er-Jahren zeigte sich überdies etwas, das im heutigen Europa aktueller ist denn je ist: Bewegungen triggerten Gegenbewegungen und diese positionieren sich meist unterschiedlich zum staatlichen Status quo (siehe FJSB 1991, Heft 2).

Nach einer Phase der Stagnation wurde diese Forschungsdebatte jüngst, bestärkt durch ein neue Welle an Massenprotesten und Regimewechseln, wiederbelebt. Neue Forschungsprojekte, vor allem zu arabischen und afrikanischen (Transformations-)Staaten, zeigten, dass ein zwiespältiges Verhältnis sowie kontinuierliche Aushandlungsprozesse zwischen staatlichen Institutionen und mobilisierten Bürger*innen kein exklusives Merkmal westlicher Demokratien sind: Entgegen der verbreiteten Annahme von Institutionen im globalen Süden als dysfunktionalen Fassadestrukturen, die mit Patronage-Netzwerken und tradierten kulturellen Praktiken konkurrieren und daher weniger relevant für die Bewegungsforschung sind, identifizierten Arbeiten aus der empirischen Regionalforschung ähnliche Interaktionsmuster wie jene, die bereits für den amerikanischen und europäischen Kontext festgestellt wurden (siehe FJSB 2012, Heft 3; FJSB 2014, Heft 3). Auch in Südostasien, Lateinamerika, Afrika oder dem Nahen Osten ist das Verhältnis von Bewegungen und Institutionen von vielschichtigen Interaktionsprozessen geprägt, die von produktivem und geregelterm Austausch über wechselseitigen Wettbewerb bis hin zu offener Konkurrenz und Konflikt reichen.

Fäden wieder aufnehmen und Schleifen binden

Ogleich diese Ambivalenzen vielfach thematisiert wurden,¹ mangelt es weiterhin an einschlägigen Vorschlägen zur Konzeptualisierung, die Disziplin- und Regionen-übergreifend für empirische Forschung fruchtbar gemacht werden könnten. Fast zwei Jahrzehnte nachdem die „Institutionalisierungsthese“ zu den neuen sozialen Bewegungen den Anstoß gab, ist die Debatte um die Ausformung der Interaktionen von Bewegungen und Institutionen aktueller denn je und doch merklich eingeschlafen. Statt einer kontinuierlichen Ausdifferenzierung beider Konzepte bestimmt stattdessen ein disziplinärer Pluralismus das Forschungsfeld: So beschäftigt sich etwa die Repressionsforschung mit dem Verhältnis von Institutionen der inneren Sicherheit und sozialer Mobilisierung; der Fokus der jüngsten Revolutionsstudien liegt dagegen vor allem auf Interimsinstitutionen, Organen der Übergangsjustiz, oder dem Wandel von Regierungsinstitutionen im Zuge von Regimewechseln; in den Internationalen Beziehungen liegt das Augenmerk wiederum vor allem auf inter- und transnationalen Organisationen und den Einbindungsmöglichkeiten für Vertreter*innen kollektiver Interessen; Gewerkschaften und andere organisierte zivilgesellschaftliche Akteure und ihre Positionierung innerhalb staatlicher Opportunitätsstrukturen stehen hingegen im Fokus der vergleichenden Politikwissenschaft. Diese Forschungsstränge verlaufen größtenteils parallel zueinander und fließen bislang kaum in eine gemeinsame Fachdiskussion ein.

Mit dem thematischen Schwerpunkt „Konflikt, Kompromiss, Konsensus: Wie Bewegungen und Institutionen miteinander interagieren“ setzt es sich das vorliegende Heft zum Ziel, ein Schlaglicht auf diese Fachdebatten zu werfen, um dabei theoretische, methodische und empirische Erkenntnisse aus verschiedenen Subdisziplinen in einen fruchtbaren Dialog zu bringen. Es handelt sich dabei um ein kollektives Projekt des interdisziplinären Arbeitskreises Bewegungen und Institutionen,² welcher sich 2015 am Institut für Protest- und Bewegungsforschung gegründet hat, um Vorschlägen zur Neubetrachtung ihres Verhältnisses zu entwickeln. Ziel der Ausgabe ist es vor diesem Hintergrund nicht, ein einheitliches Schema zur Erfassung des Verhältnisses von Bewegungen und Institutionen mit überregionaler Gültigkeit zu postulieren. Ein solches ist aufgrund der Flexibilität und grundlegenden definitorischen Doppeldeutigkeit sowohl des Bewe-

¹ Zuletzt u. a. in der Blogreihe zur Interaktion von Bewegungen und Institutionen des Bretterblogs, siehe: bretterblog.wordpress.com/2016/08/23/some-vantage-points-for-rethinking-movements-and-institutions-introduction-to-a-blog-series/.

² Siehe <https://protestinstitut.eu/uber-das-institut/arbeitskreise/ak-bewegungen-und-institutionen/>.

gungs- aber vor allem des Institutionenbegriffs in der sozialwissenschaftlichen Forschung weder erreichbar, noch erstrebenswert: Politikwissenschaftler*innen fassen unter Institutionen vornehmlich formalisierte Regelsysteme, denen ein bürokratischer Apparat untersteht, wohingegen soziologische Arbeiten stärker die reine Verstetigung von Normen als Institutionalisierung begreifen. Bei stärker interaktionsgetriebenen Forschungsansätzen ent- und bestehen Institutionen hingegen erst durch (Aus-) Handlungen: Der für die Bewegungsforschung prägende „contentious politics“-Ansatz begreift Institutionen beispielsweise sowohl als Akteure innerhalb von Interaktionsbeziehungen wie auch als Arenen, in denen Konflikte ausgetragen werden (Jasper/Duyvendak 2015, siehe die Rezension von Sorg in diesem Band).

Diese Bandbreite an Konzeptualisierungen findet sich auch im Themenschwerpunkt dieses Hefts. Statt unterschiedliche Perspektiven gegeneinander abzuwiegen, sollen die empirischen Fallbeispielen aus verschiedenen geographischen Kontexten dabei aber vor allem eines verdeutlichen: Wie die Erforschung sozialer Mobilisierungsprozesse von einer expliziteren Verortung ihrer Forschungssubjekte – soziale Bewegungen – vis-à-vis deren Gegenüber profitierten kann – nicht indem Institutionen *a priori* als externes „Anderes“ zu kollektiven Mobilisierungsprozessen definiert und erforscht werden. Sondern indem empirische Erkenntnisse zu Interaktionsmustern die Konzeptualisierung der wechselseitigen Beziehung *a posteriori* anleiten.

Zu den Beiträgen in diesem Heft

Die Beiträge in diesem Heft lenken vor allem den Blick auf die Kontextabhängigkeit dieser Funktionsbeziehung. Sie zeichnen ein vielschichtiges Bild, in dem zivilgesellschaftliche Akteure staatlichen Institutionen nicht nur als Kontrahent*innen begegnen, sondern über ihre Mobilisierungsmuster bisweilen selbst an deren Rekonstruktion und Legitimierung beteiligt sind. Bewegungen und Institutionen treten mal als Kooperationspartner, mal als Antagonisten und mal als gegenseitige Substitute auf – zwischen Konflikt, Kompromiss und Konsensus.

Beginnend greift dabei ein erster Beitrag bereits die eingangs skizzierte Thematik der wieder zunehmenden Überlappung von Bewegungen und Parteien auf. Darin fragen sich Swen Hutter, Hanspeter Kriesi und Jasmine Lorenzini wie sich Bewegungen und Parteien als Institutionen zueinander positionieren. Durch Einbezug empirischer Erkenntnisse aus europäischen und lateinamerikanischen Staaten zeigen sie auf, dass Repräsentationskrisen neue Interaktions-

formen generieren und dabei die Grenzen zwischen Parteien und Bewegungen verschwimmen – ähnlich wie in der Rubrik *Pulsschlag* anhand der Grünen diskutiert. Der Blick über Europas Grenzen hinaus zeigt dabei deutlich, dass diese Entwicklungen weniger regionalspezifisch sind, sondern vielmehr mit einer globalen Krise der repräsentativen Demokratie einhergehen. Um den verschwimmenden Grenzen zu Parteien, aber auch zwischen Bewegungen und Institutionen insgesamt gerecht zu werden, schlägt *Jannik Pfister* im zweiten Beitrag vor, letztere stärker Produkt von Interaktionen zu denken. Statt den Erfolg von Bewegungen anhand ihrer Veränderungen der jeweiligen Institutionen zu beurteilen, schlägt er vor ihre präfigurativen Praktiken ins Zentrum zu rücken und damit nicht nur ihre Institutionenwerdung selbst, sondern ihre kulturellen Prägungen zu erforschen, denen konkrete Regierungsapparate schließlich Ausdruck verleihen. In einer ähnlichen Perspektive argumentieren *Felix Anderl* und *Philipp Wallmeier*, dass mit kontinuierlicher Mobilisierung häufig eine Sedimentierung von Protestforderungen und eine Einhegung kollektiver Akteure selbst einhergeht. Im dritten Beitrag des Themenschwerpunkts zeigen sie auf, wie Institutionen als Scharnierkonzept zwischen Herrschaft und Widerstand verstanden werden, und somit als epistemischer Ausgangspunkt für die Rekonstruktion transnationaler neoliberaler Herrschaft fungieren können. Auf diese Weise werden Institutionen nicht nur als diejenigen begriffen, die Herrschaft ausüben, sondern auch als solche, gegen die und in denen sich Widerstand aufbauen kann. Wie Neoliberalismus Widerstandsbewegungen dabei dennoch systemisch einhegt, beleuchten sie anhand zweier Fallstudien zu Protesten gegen die Weltbank und Kommunar*innen der Ökodörferbewegung. Auch die nachfolgende Analyse von *Micha Fiedlschuster* und *Christian Schröder* beschäftigt sich mit transnationalen Institutionen: Anhand des Weltsozialforums als Beispiel einer globalisierungskritischen Bewegung wird analog aufgezeigt, wie Bewegungen mit ihren Widersachern partiell und temporär kooperieren. Mit dem Ziel ihren Einfluss zu erhöhen, sind Aktivist*innen teilweise bereit sich stärker auf die institutionelle Handlungslogik und Diskurse einzulassen und büßen so Widerstandsmacht ein. Wie kenianische Frauenbewegungen wiederum transnationale Diskurse lokal für ihre eigenen Forderungen nutzen, zeigte *Antje Daniel* bereits in einer früheren Ausgabe des Forschungsjournal (FJSB 2014, Heft 3). In ihrem aktuellen Beitrag arbeitet sie dagegen die Überlappungen von Frauenbewegungen und staatlicher Politik in Kenia und Brasilien heraus. Erneut zeigt sich, dass die Vorannahme zweier getrennter Sphären nicht greift, sondern intermediäre Protestformen genutzt werden, um Allianzen mit staatlichen Akteuren zu schließen und zugleich inner- und außerhalb der parlamentarischen Arena Interessen zu artikulieren. Die Relevanz institutioneller Gelegenheiten wird indes deutlich in der Studie von *Jan Erik Refle* zum Einfluss von Bewegungsorganisationen auf

Gesetzgebungsprozesse in Tunesien. Der tunesische Fall ist insofern besonders, als die post-revolutionäre Verfassung bereits zivilgesellschaftliche Beteiligungsformate bei der Verabschiedung von Gesetzen vorsieht. Trotz der dadurch geschaffenen institutionalisierten Zugänge nutzen Bewegungen aber weiterhin vor allem persönliche und organisatorische Kontakte, oftmals in Kombination mit Protesten, zur Einflussnahme. Inwiefern nicht nur Gesetzgebung, sondern auch Rechtsprechungen von Protesten beeinflusst werden, illustriert schließlich *Carolina Vestena* in ihrem Beitrag zu der portugiesischen Anti-Austeritätsbewegungen, der den Themenschwerpunkt abrundet. Durch im- und explizite Wechselverhältnisse beeinflussten Protestierende in Portugal sowohl den öffentlichen Diskurs wie auch die Urteile der Gerichte als staatliche Institution. Zudem nutzen Bewegungsakteure selbst rechtliche Wege und schlossen infolgedessen neue Allianzen mit Rechtsexpert*innen zur Blockade oder Gestaltung legislativer Vorhaben. Abermals zeigt sich hier aber auch der ambivalente Charakter des Verhältnisses, da Protestforderungen bisweilen über ihre rechtliche Austragungsform versachlicht und entpolitisiert wurden.

In der Rubrik *Pulsschlag* rekapituliert *Friedel Grützmacher* anschließend aus auto-biographischer Perspektive anhand ihres eigenen politischen Werdegangs die Institutionalisierung der Umwelt- und Friedensbewegung innerhalb der Partei „Die Grünen“. Sie zeigt dabei die Ambivalenzen dieses Prozesses auf, der nicht zuletzt in der bis heute andauernden Spaltung beider Graswurzelbewegungen mündete. *Jürgen Grote* betont in seinem Beitrag, dass von der globalen neoliberalen Restrukturierung von Governance Arrangements nicht nur Bewegungen betroffen sind. Zu den Opfern des Neoliberalismus gehören auch Institutionen. Angesichts der Feststellung einer beidseitigen Kontraktion von politischen Möglichkeitsräumen – von „shrinking spaces“ – diskutiert er die Chancen für die Herausbildung von Allianzen im Sinne eines „Countermovement“ von Bewegungs- und Institutionsakteur*innen. *Martin Sarnow* und *Norma Tiedemann* teilen die Diagnose einer Krise des Politischen. Sie konzentrieren sich in ihrem Beitrag auf die Entstehungsbedingungen alternativer Modelle politischer Organisation als emanzipatorische Antworten auf den Gestaltungsverlust institutionalisierter politischer Gremien. Dazu beschäftigen sie sich schlaglichtartig mit kommunikativen Praktiken in Barcelona, Zagreb und Belgrad.

Der *Pulsschlag* wird komplettiert von zwei Debattenbeiträgen, die auf der Festveranstaltung anlässlich der Vorstellung des Jubiläumsbandes „Zukunft der Demokratie“ (Heft 1–2/2019 FJSB) am 30. August 2018 in Berlin gehalten wurden. *Adalbert Evers* diskutiert die Herausforderungen politischer Repräsentation unter Reformdruck und blickt dabei – passend zum Themenschwerpunkt des vorliegenden Bandes – auf (fehlende) Verbindungen von Zivilgesellschaft und Parteien. Für *Britta Haßelmann*, parlamentarische Geschäftsführerin der Grünen, ist die

Stärkung eben dieser Verbindung ein zentraler Baustein für die Demokratisierung der parlamentarischen Arbeit.

In der Rubrik *Aktuelle Analyse* blicken wir auf zwei viel beachtete Protestbewegungen, bzw. Protestereignisse der jüngsten Vergangenheit. *Dieter Rucht* skizziert Profil, Forderungen und Aktionsrepertoires der Gelbwestenbewegung als Produkt tiefgreifender Konflikte in der französischen Gesellschaft. *Moritz Sommer* und *Simon Teune* untersuchen in ihrem Beitrag Unterschiede und journalistische Spielräume in der von Gewalt überschatteten Medienberichterstattung zu den G20-Protesten 2017 in Hamburg.

In der vom Institut für Protest- und Bewegungsforschung koordinierten Rubrik *ipb beobachtet* diskutiert *Elias Steinhilper* Licht- und Schattenseiten des aktuellen Booms migrationsbezogener Bewegungsforschung, mit einem Fokus auf Fragen theoretischer Reflektion, ethischen Herausforderungen und methodischem Pluralismus.

In der *Literaturrubrik* wird der Themenschwerpunkt dieses Bandes erneut aufgegriffen. In einer Doppelrezension bespricht *Christoph Sorg* die von James Jasper und Jan Willem Duyvendak herausgegebenen Sammelbände „Players and Arenas: The Interactive Dynamics of Protest“ sowie „Breaking Down the State: Protestors Engaged“. *Susanne Pernicka* bespricht den 2019 von Jürgen Grote und Claudius Wagemann herausgegebenen Band „Social Movements and Organized Labour. Passions and Interests“. Es folgen *Felix Schilk* mit einer Rezension zu „Arbeiterbewegung von rechts? Ungleichheit – Verteilungskämpfe – populistische Revolte“ herausgegeben von Karina Becker, Klaus Dörre und Peter Reif-Spirek und, schlussendlich, *Philipp Knopp* mit einer Besprechung von „Protests in the Information Age. Social Movements, Digital Practices and Surveillance“, herausgegeben von Lucas Melgaço und Jeffrey Monaghan.

Im gleichen Ring

Ein Blick auf die Beiträge des Hefts verdeutlicht die reklamierte Diversität von Institutionen und Bewegungen (zueinander): Ob Parteien, Gerichte, internationale Organisationen oder Ministerien, sie alle interagieren als Institutionen mit sozialen Bewegungen, mal als Gegenspieler, oft als temporäre Allianzpartner oder Schicksalsgenoss*innen. Gemeinsam handeln sie Konflikte aus, finden Konsentscheide und gehen Kompromisse ein. Hierbei nutzen Bewegungsakteure nicht nur Proteste, sondern meist parallel institutionelle Zugänge und verändern sich nicht zuletzt auch selbst. Diese Phänomene zeigen sich sowohl in Brasilien als auch in Portugal, sowohl auf nationalstaatlicher als auch auf transnationaler

Ebene, gestalten sich aber höchst unterschiedlich – nicht so sehr abhängig von ihrer Verortung im globalen Norden oder Süden, sondern vielmehr in Abhängigkeit von den jeweiligen institutionellen und polit-ökonomischen Arrangements und deren Wandel über Zeit. Vor diesem Hintergrund sind nicht nur Bewegungsforschende gefragt, stärker über ihre Disziplingrenze hinaus zu schauen, sondern auch Regionalwissenschaftler*innen ihre länderspezifischen Erkenntnisse für weitere Forschungen fruchtbar zu machen und diese an theoretische Überlegungen rückzubinden. Deshalb plädieren wir für eine kontextsensible Erhebung von Bewegungen-Institutionen-Interaktionsdynamiken statt ihrer uniformen Konzeptualisierung als Gegenpole. Meist finden sich Protestierende und Vertreter*innen zwar im gleichen Ring wieder, dort aber mal als Sparringpartner*innen und dann wieder als Widersacher*innen – mit offenem Ausgang.

Jannis Grimm und Nina-Kathrin Wienkoop, Moritz Sommer

Jannis Grimm und **Nina-Kathrin Wienkoop** sind die Gastherausgeber*innen dieses Hefts. Jannis Grimm forscht an der Freien Universität Berlin zu Protest-Repressions-Dynamiken in Nordafrika. Nina-Kathrin Wienkoop ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Deutschen Zentrum für Integrations- und Migrationsforschung (DeZIM) in Berlin, wo sie das Projekt zu „Engagement und Zugehörigkeit“ leitet. Gemeinsam koordinieren sie am Institut für Protest- und Bewegungsforschung (ipb) den Arbeitskreis „Bewegungen und Institutionen“.

Moritz Sommer ist Redaktionsmitglied des Forschungsjournals Soziale Bewegungen und zuständig für die redaktionelle Betreuung des vorliegenden Hefts.

In eigener Sache

„Dem aufmerksamen Leser wird auffallen, daß sich mit dieser Ausgabe kleinere Veränderungen im out-fit dieser Zeitschrift ergeben haben.“ So hieß es in einer Anmerkung der Redaktion im Heft 4/91. Damals hatte Volker Klemm mit seinem Satzbüro das erste Mal unser Forschungsjournal gestaltet. Nach 28 Jahren hat Volker Klemm sein Satzbüro aufgegeben und daher auch die Gestaltung des Forschungsjournals abgegeben. Für das Journal, kaum älter als dieser Zeitraum, geht also eine Epoche zu Ende. Über lange Zeit hat Volker das Journal geduldig begleitet, Zeitverzüge ertragen, die mal stille und mal laute Verzweigung an unzulänglich vorbereiteten Texten ertragen und manch überüberumfangliches Projekt mitgetragen. Dafür danken wir ihm von Herzen. Mit seiner Arbeit, die über die Gestaltung immer deutlich hinausging, ist er Teil der Journalgeschichte.

Mit dieser Ausgabe geht das Journal über in das Layout unseres Verlags de Gruyter. Auch dem Verlag gilt unser Dank für die Unterstützung bei dieser Umstellung. Damit verändert sich das Erscheinungsbild deutlich. Der Spaltensatz ist verschwunden, der Blick auf das Heft ist ein anderer. Treu bleiben uns aber die Karikaturen von Gerhard Mester, der das Journal seit seinem Beginn aufheiternd begleitet. Und treu bleibt sich das Journal auch mit seinem Fokus auf die anwendungsnahen, wissenschaftlichen Fragen von Demokratie, Partizipation und insbesondere sozialen Bewegungen.

Die Redaktion und die Herausgeber

Literatur

- Finkbeiner, Florian/Schenke, Julian* 2018: Der Aktivist als „besserer“ Forscher? Göttinger Antwort auf Berliner Kritik. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 31, Heft 3, 93–97.
- Grimm, Jannis* 2018: Das Ende des „Arabischen Frühlings“ der Bewegungsforschung. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 31, Heft 3, 84–92.
- Jasper, James M./Duyvendak, Jan Willem* (Hg.) 2015: *Players and Arenas: The Interactive Dynamics of Protest*. Amsterdam: Amsterdam University Press.
- Roth, Roland* 1994: Lokale Bewegungsnetzwerke und die Institutionalisierung von Neuen Sozialen Bewegungen. In: Neidhardt, Friedhelm (Hg.): *Öffentlichkeit, Öffentliche Meinung, Soziale Bewegungen*. Wiesbaden: Westdeutscher Verlag, 413–436.
- Scholl, Armin* 2019: Das Selbstverständnis der Bewegungsforschung im Dilemma zwischen Selbst- und Fremdbestimmung. Versuch einer Weiterführung der Debatte. In: *Soziologie Magazin*. <https://soziologieblog.hypotheses.org/12318> [23. 03. 2019].
- Teune, Simon/Ullrich, Peter* 2018: Protestforschung mit politischem Auftrag? In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, Jg. 31, Heft 1–2, 418–424.